

Beschluss des Landrats vom 21.03.2024

Nr. 486

22. Der Teuerungsausgleich soll zusammen mit dem Budget/AFP beraten und beschlossen werden

2023/707; Protokoll: fo

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, dass der Regierungsrat bereit sei, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Zugleich beantragt der Regierungsrat dessen Abschreibung.

Martin Dätwyler (FDP) sagt, nach der gestrigen Präsentation der Jahresrechnung sei klar, dass die unbelasteten Zeiten vorbei seien. Eine fundierte Auseinandersetzung mit den finanziellen Konsequenzen von Beschlüssen ist wichtig. Der Regierungsrat sieht das gleich und unterstützt deshalb das Grundanliegen der Motion.

Künftig soll bei der Landratsvorlage zum Teuerungsausgleich der finanziellen Perspektive, beziehungsweise den Auswirkungen des Teuerungsentscheids auf die finanzielle Situation des Kantons, mehr Platz eingeräumt werden. Die Forderung, dies mit dem Aufgaben- und Finanzplan (AFP) zu koppeln, wird allerdings unter Berücksichtigung der Prozesse mit den Gemeinden abgelehnt. Nach Rücksprache mit Gemeindevertretern zeigt sich allerdings betreffend die tatsächlichen Abhängigkeiten ein heterogenes Bild. Grundsätzlich sind diese autonom und nicht zwingend vom Teuerungsentscheid des Kantons abhängig.

Nichtsdestotrotz wird der Vorschlag des Regierungsrats, die finanziellen Konsequenzen im Rahmen der Vorlage des Teuerungsausgleichs detailliert und transparent darzulegen, als zielführend erachtet. Entsprechend ist die FDP-Fraktion mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden. Allerdings soll das Postulat bis zur ersten Vorlage, die bereits diesen Herbst vorliegen wird, nicht abgeschrieben werden. Vielen Dank für die Unterstützung

Markus Brunner (SVP) sagt, die SVP-Fraktion unterstütze das Anliegen einstimmig und hätte auch für die Überweisung als Motion gestimmt. Es ist störend, dass die Debatte zum Budget stattfindet, nachdem die Löhne bereits festgelegt wurden. Anders formuliert: Es wird ohne Kenntnis des Budgets über die Löhne diskutiert.

Fredy Dinkel (Grüne) ist der Meinung, dass das Anliegen gut verständlich sei. Die Motion fordert allerdings etwas, was bereits jetzt schon Tatsache ist. In der zweitletzten Landratssitzung des Jahres wird die Höhe des Teuerungsausgleichs diskutiert. Anschliessend wird darüber befunden, ob man das annehmen oder ablehnen möchte. Das Budget ist da bekannt. Auch in der Finanzkommission wurde der AFP bereits zwei Monate davor diskutiert. Die Aussage, dass man die finanzielle Situation nicht kennt, stimmt nicht. Das zweistufige Verfahren mit der Festlegung der Höhe der Teuerung in einem ersten und dem Beschluss in einem zweiten Schritt entspricht dem richtigen Vorgehen. Die Grüne/EVP-Fraktion ist einstimmig gegen eine Überweisung als Motion. Bei einer Umwandlung in ein Postulat wird etwa die Hälfte der Grüne/EVP-Fraktion den Vorstoss unterstützen.

Lucia Mikeler Knaack (SP) nimmt vorneweg, dass die SP-Fraktion den Vorstoss sowohl als Motion als auch als Postulat ablehne. Der Regierungsrat hat gut begründet, weshalb dem Antrag nicht zugestimmt werden kann. Es gibt klare Zeitfenster, die eingehalten werden müssen. Dazu gehören die Budgetberatungen in den Gemeinden. Es herrscht aber grosser Zeitdruck bei der BLKB oder

der kantonalen Verwaltung. Der Vorredner hat schon dargelegt, dass das Postulat kaum einen Nutzen hat und die SP-Fraktion ist grossmehrheitlich gegen die Überweisung.

Christina Wicker-Hägeli (GLP) schliesst sich dem Votum von Fredy Dinkel an. Sollte der Teuerungsausgleich die finanziellen Möglichkeiten übersteigen, bietet die Debatte im Spätherbst die Möglichkeit zur Anpassung. Die GLP-Fraktion lehnt die Überweisung als Motion ab. Sollte ein Postulat überwiesen werden, unterstützt die GLP-Fraktion die umgehende Abschreibung.

Saskia Schenker (FDP) dankt jenen, die den Wert einer Überweisung als Postulat erkennen. Zum Argument, dass im Herbst bereits klar sei, wie das Budget aussehe: Die jeweils zu behandelnden Nachtragskredite können das Bild stark verändern – wie dies bei der jüngsten Budgetdebatte auch der Fall war. Dabei muss auch die Vierjahresplanung oder die Schuldenbremse berücksichtigt werden. Zu diesem Zeitpunkt müsste der Gesamtblick vorliegen und entsprechend sollte die Höhe der Teuerung im Rahmen dieser Debatte diskutiert werden.

Ende 2023 wurden CHF 18 Mio. Teuerungsausgleich gesprochen. Dabei handelt es sich um einen jährlich wiederkehrenden Betrag. So resultieren für vier Jahre CHF 72 Mio. Das muss mit Blick auf das Budget berücksichtigt werden; eben gerade weil ja jeweils noch weitere kurzfristige Massnahmen dazu kommen.

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) hält fest, dass die FDP-Fraktion den Vorstoss in ein Postulat umgewandelt habe.

://: Mit 52:21 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Vorstoss als Postulat überwiesen und mit 42:32 Stimmen bei 1 Enthaltung abgeschrieben.
